

PLENUM AKTUELL

18. Februar 2009
Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Regierungserklärung – Schönen Worten endlich Taten folgen lassen

CDU/FDP:

Dank zentraler Lage, guter Infrastruktur und gut ausgebildeter Arbeitnehmer sei Hessen selbst mitten in der Krise gut aufgestellt.

Um die Wirtschaftskraft zu stärken, setzt die neue CDU/FDP-Regierung nur auf Straßenbau und den Ausbau des Flughafens Frankfurt.

Der Rest erschöpft sich nur in Ankündigungen:

- Die Schulen sollen mehr Selbstständigkeit bekommen – offen bleibt wie
- Ganztagsbetreuung soll flächendeckend ausgebaut werden – offen bleibt wie
- Kinder sollen gute Startbedingungen bekommen – offen bleibt wie. Von der FDP-Kinderschule ist keine Rede mehr.

Koch erwartet massive finanzielle Probleme. Für die Landeshaushalte 2009 und 2010 gehe er von Defiziten von jeweils zwei Milliarden Euro aus. Vor 2011 sei ein ausgeglichener Haushalt nicht zu erreichen.

SPD:

Thorsten Schäfer-Gümbel hat der Regierung von CDU und FDP eine konstruktive Oppositionsarbeit zugesichert.

Gleichwohl übte er in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung von Ministerpräsident Koch scharfe Kritik.

Koch müsse seinen schönen Worten endlich Taten folgen lassen. TSG warf Koch Orientierungslosigkeit vor. Kochs Regierungserklärung sei "eher Ausdruck von Amtsmüdigkeit als von Aufbruch". So habe Koch die Themen Gerechtigkeit und Arbeitslosigkeit kein einziges Mal erwähnt. "Blutleer und orientierungslos" sei Kochs Erklärung gewesen und die Länge der Regierungserklärung (fast zwei Stunden) stehe anti-proportional zu den Inhalten.

Der Koalitionsvertrag beantwortet nicht, wie die soziale Auslese an den Schulen beendet werde, wie das soziale Netz neu geknüpft werde und wie die Energiewende vorankomme. Diese Regierung ist den Herausforderungen der Zeit nicht gewachsen.

In den vergangenen Jahren habe Hessen unter der CDU-Regierung von Koch auf vielen Feldern hinter anderen Bundesländern gelegen, so bei der Investitionsquote, bei der Arbeitslosenquote und beim Wirtschaftswachstum. Beim Lehrer-Schüler-Verhältnis an Grundschulen und beim Ausbau der erneuerbaren Energie sei Hessen das Schlusslicht.

Als Hohn bezeichnete TSG was die Koalitionäre als Ursachen der Finanz- und Wirtschaftskrise ansehen. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag: ‚Nicht die Freiheit hat versagt, sondern die mangelnde Verantwortung Einzelner beim Gebrauch der Freiheit hat die Krise herbeigeführt.‘ „Damit versuchen die Prediger des Neoliberalismus und der Deregulierung von ihrer eigenen Beteiligung und Mitverantwortung abzulenken.“

Unglaubliches am Rande: CDU/FDP veranstalten Klamauk

Mit einem Geschäftsordnungsantrag setzten die Regierungsparteien einen Antrag auf die Tagesordnung, der die Linken rügen soll, weil sie teilweise während der Landtagsdebatte zur Räumung des Hüttendorfes im Kelsterbacher Wald geeilt sind.

Wir haben überhaupt keine Probleme diesen Antrag zu debattieren, kritisieren jedoch vehement die Prioritätensitzung.

- Dieser Antrag gehörte ans Ende der Tagesordnung und auf jeden Fall hinter den wichtigen Punkt der Konjunkturprogramme.
- Dass unser Antrag, betreffend Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt (Anschlag auf Gewerkschafter) an das Ende der Tagesordnung gesetzt wurde, belegt das Weltbild der CDU.

Gesetz zur Förderung von Infrastrukturinvestitionen in Hessen

CDU:

Entgegen seiner vollmundigen Erklärung aus dem Wahlkampf hat Koch das angekündigte Konjunkturprogramm nicht in der konstituierenden Sitzung des Landtages, sondern erst am 18. Februar vorgelegt.

In einer Pressekonferenz am 16. Dezember 2008 hatte er noch vollmundig verlautbart, das 1,7 Milliarden-Programm solle bereits in der ersten Sitzung des neuen Landtags eingebracht werden. Dies belegt, dass Koch das Thema nur zur Wahlkampfinszenierung eingesetzt hat.

SPD:

Wir begrüßen die Konjunkturprogramme von Bund (718,72 Millionen) und Land (1,7 Milliarden) als Hilfe in der Krise und werden diese positiv begleiten.

Dennoch gibt es Kritikpunkte:

- ÖPNV sowie Trink- und Abwasserleitungen sind ausgeschlossen
- 30 Jahre Laufzeit für das Land sind zu lang, weil zukünftige Generationen belastet werden (bei Kommunen ist es okay)

Es gilt noch zu prüfen, inwieweit arme Kommunen durch Zinszahlungen über den KFA überproportional belastet werden.

Verurteilung rechtsextremistischer Gewalt

Mit einem dringlichen Entschließungsantrag verurteilt der Hessische Landtag rechtsextremistische Gewalt. Anlass war die Jagd von Neonazis auf Gewerkschafter an der Raststätte Teufelstal in Thüringen.

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Stefan Körzell, sprach am Dienstag von einer "krassen Fehleinschätzung" der Situation durch die thüringische Polizei. Jedes Fußballspiel, jedes Radrennen werde besser geschützt als Menschen, die ihr verfassungsrechtlich verbrieftes Grundrecht auf Demonstration wahrnehmen würden, sagte Körzell. Er warf die Frage auf, weshalb die Polizei es bereits in Dresden für überflüssig hielt, die Abfahrt der Busse zu überwachen. Es sei bekannt, dass Rechtsextreme es auf ein Zusammentreffen mit Gewerkschaftern anlegen würden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund forderte ein NPD-Verbot. Dafür sind jetzt neue Argumente aufgetaucht: Es gibt Hinweise, dass die Busfahrt der Schläger von der rechtsextremen Partei organisiert wurde.